

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel. -Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— erscheint an jedem Werktag —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezüger
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung abnehmlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf., amtlich 1 mm
30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf., Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großpörsdorf, Bretinig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Ahlenendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 133

Dienstag, den 11. Juni 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Mittwoch, den 12. Juni 1929, vormittags 11 Uhr
sollen in Pulsnitz, Restaurant „zum Bürgergarten“ 2 Schreibpulte, 1 ovaler Tisch,
2 Sessel, ca. 40 Pelz- und Ranienstrümpfen, 1 Ledertafel, 18 Felle, 25 m grünes Tuch
meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, den 11. Juni 1929. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

haben im
Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg

Das Wichtigste

Der Madrider Vertreter der Information glaubt zu wissen, daß Dr.
Stressemann bereit sei, einen festen Vorschlag für den Rücklauf der
Saargruben zu machen. Man spreche von einem deutschen Ange-
bot in Höhe von 350 Millionen Goldmark. Zu dieser, wie auch
zu anderen Fragen wird man in Madrid keine endgültige Stellung
nehmen, aber die Vorschläge Stressemanns zur Kenntnis nehmen.
Bei dem Empfang im Berliner Rathaus wird König Fuad als Ehren-
gast der Stadt Berlin eine künstlerisch ausgeführte Ledermappe mit
Nadierungen überreicht. Diese Nadierungen stammen aus dem
Gyklus „Alt- und Neu-Berlin“, der im Auftrag der Stadt Ber-
lin von den Nadierern Professor Paul Hermann und Georg Frey
hergestellt wurde.
Arbeitsminister Maducanu (Rumänien) reist in der nächsten Woche nach
Berlin, um in der Frage der Organisation des Agrar-Kreditinsti-
tuts mit der deutschen Interessengruppe zu verhandeln.
Die Funktionäre des Bergbau-Industriearbeiterverbandes haben in einer
Sitzung in Hindenburg den Beschluß gefaßt, den am 7. Juni für
den westfälischen Steinkohlenbergbau gefällten Schiedsspruch
anzunehmen.

Vertische und sächsische Angelegenheiten

(Starke Zunahme der Betriebsstill-
legungsanzeigen.) Die Zahl der beim sächsischen Ar-
beitsministerium eingereichten Anzeigen über beabsichtigte
Stilllegung von Betrieben hat sich im Mai wieder beträcht-
lich erhöht. Es sind 175 derartige Anzeigen eingegangen
gegen 116 im April. Die meisten stammen auch diesmal
aus der Textilindustrie, die mit 52 Anzeigen beteiligt ist.
Ihr folgen mit 32 Anzeigen der Maschinen-, Apparate- und
Fahrzeugbau, mit 20 Anzeigen die Herstellung von Eisen-,
Stahl- und Metallwaren, mit 15 die Industrie der Steine
und Erden, mit 12 die Papierindustrie und das Diversifika-
tionsgewerbe, das Bekleidungs- und das Holzgewerbe mit 10 Anzeigen
jeweils. — Von den im Februar eingegangenen 344 Betriebs-
stilllegungsanzeigen hat die Stilllegung in 110 Fällen keine
Anwendung gefunden. Im übrigen sind die angezeigten
Maßregeln in 59 Fällen voll, in 110 Fällen teilweise und
in 65 Fällen nicht durchgeführt worden. Beschäftigt waren
32 867 Arbeiter und 4108 Angestellte; entlassen wurden
8902 Arbeiter und 392 Angestellte.

Großnaundorf. (Schulausschuss-Sitzung.)

Am gestrigen Montag fand wiederum eine Schulausschuss-
Sitzung statt, in welcher zunächst Kenntnis genommen wurde
von der erfolgten Elternabstimmung über die Abhaltung oder
den Ausfall des diesjährigen Schulfestes. 83 Stimmen
waren für die Abhaltung gewesen, 3 dagegen und 1 Stimme
enthaltung. Mithin wird von der Elternschaft die Abhal-
tung eines Schulfestes gefordert. Demzufolge stellt sich der
Schulausschuss auf den Boden der Tatsache und beschloß,
am 1. September ein Schulfest abzuhalten. Ueber die Platz-
frage und die weitere Ausgestaltung wird der Schulausschuss,
der sich gegebenenfalls durch Helfer erweitern wird, sich nach
der Hausammlung schlüssig machen, die von vier Herren
des Schulausschusses vorgenommen werden soll. — Hierauf
nichtöffentliche Sitzung.

Rosenthal bei Ramenz. (Schadenfeuer.)

Sonabend nachts brach auf dem Gehöfte des Gutsbesizers Wot-
schert Feuer aus, das fast sämtliche Gebäude, zumeist aus
Fachwerk und noch mit Stroh gedeckt, bis auf den Grund
vernichtete. Schon Freitagabend fing es im Wohnhaus an
zu brennen. Die Nachbarn wurden des Brandes recht-
zeitig ansichtig und löschten ihn im Entstehen. Das Feuer
fand in den an 200 Jahre alten Gebäuden mit starkem
Gebälk hinreichende Nahrung, so daß das ganze Gehöft in
wenigen Minuten über und über brannte. Die Insassen des
Wohnhauses konnten mit Hilfe schnell herbeigeeilter Nachbarn
einen großen Teil ihrer Habe retten. Die Wirtschaftsgebäude
standen alle leer, da sich der gegenwärtige Besitzer anderweit,
nämlich in Rabitz, angelauft hat. Nur ein alter Hühnerstiel
den Flammen zum Opfer. Man vermutet stark Brandstiftung.

Kritik am Pariser Reparationsabkommen

Ein Manifest der Regierung zum 28. Juni — Die deutsche Enteignungsbeschwerde auf die Ratstagesordnung gesetzt

Dr. Schacht über die Pariser Konferenz

Paris. Dr. Schacht soll der „Agence Economique et
Financiere“ folgende Erklärung abgegeben haben: Die Young-
Konferenz bedeutet die finanzielle Liquidierung des Krieges.
Ohne diese finanzielle Liquidierung war die politische und mor-
alische Liquidierung nicht möglich, aber die Durchführung der
finanziellen Liquidierung wird gleichfalls nur möglich sein,
wenn der Krieg nicht nur politisch, sondern auch moralisch
erledigt ist. Wir müssen alle entschlossen sein, unsere
Blicke nicht auf die Vergangenheit, sondern auf die Zu-
kunft zu richten. Die Zusammenarbeit Deutschlands
und Frankreichs ist für den Aufbau dieser Zukunft ein we-
sentliches Element. Der Strom intellektueller und moralischer
Beziehungen, der zwischen den beiden Völkern in der
einen und der anderen Richtung geschlossen ist, ist oft unter-
brochen, aber immer wieder aufgenommen worden. Unsere
Pflicht muß jetzt sein, diesen Strom nicht zu unterbrechen und
ihm auch eine wirtschaftliche Grundlage zu geben. Wir müs-
sen auf finanziellem, industriellem und kommerziellem Gebiet
die Interessen unserer beiden Länder eng verknüpfen und so
der Bewegung nach einer gegenseitigen Verständigung eine
feste Unterlage geben.

Eröffnung der 55. Tagung des Völkerbundes.

Madrid. Die 55. Tagung des Völkerbundes wurde
am Montag vormittag unter dem neuen Ratspräsidenten
Nakatani-Japan mit der üblichen vertraulichen Sitzung
eröffnet. Der Eröffnung ging eine kurze inoffizielle Be-
grüßung der Ratsmitglieder durch den spanischen Minister-
präsidenten Pri mo de Rivera voraus, der in den Räu-
men des Generalsekretariats des Völkerbundes die Ratsmit-
glieder persönlich begrüßte und in einer Ansprache für die
Annahme der Einladung der spanischen Regierung dankte.
Der Rat nahm dann in einer kurzen Arbeitssitzung
Kenntnis von dem günstigen Fortgang der Verhandlungen
in den beiden ungarischen Opiantenkonflikten, die im Sep-
tember vor der Vollversammlung auf der Tagesordnung er-
scheinen werden. Ebenso nahm der Rat ohne Diskussion die
Berichte über die Arbeiten des Hygienekomitees an.

Dringlichkeitsverfahren wegen Enteignung des deutschen Grundbesitzes in Polen beantragt.

Reichsaussenminister Dr. Stressemann hat an den
Generalsekretär des Völkerbundes das amtliche Erlauchen ge-
richtet, die von den deutschen Abgeordneten im polnischen
Sejm, Gräfe und R a u m a n n, unterzeichnete Beschwerde
wegen der Verletzung des Minderheitenvertrages durch die
polnische Regierung durch Enteignung des deutschen Grund-
besitzes in Polen auf die Tagesordnung der gegenwärtigen
Ratstagung zu setzen.

Private Räumungsbesprechungen in Madrid.

Madrid. Wie verlautet, wird eine amtliche Be-
sprechung der Locarnomächte, die ursprünglich während der
Madrider Ratstagung zur weiteren Erörterung der Genfer
Entschleßung vom 16. September vorigen Jahres über die
endgültige Regelung der Kriegsschadensfrage, Abein-
landräumung und Kontrollfrage vorgesehen war, jetzt nicht
stattfinden. Es besteht die Auffassung, daß eine amtliche
Zusammenkunft der Locarnomächte zur Zeit infolge
der Abwesenheit des englischen Außenministers noch nicht
möglich und auch die allgemeine Lage für eine endgültige
amtliche Behandlung noch nicht reif sei. Dagegen steht fest,
daß in unmittelbarer privater Aussprache zwi-
schen den Außenministern der weitere Weg für die
amtliche Erörterung der Abeinland- und Kontrollfrage zur
Sprache gelangt. Es scheint, daß hierbei der Gedanke einer

diplomatischen Konferenz der Locarnomächte im Laufe dieses
Sommers sowie insbesondere die endgültige Regelung der
Saarfrage hierbei eine entscheidende Rolle spielen wird.

Die deutsche Enteignungsbeschwerde auf die Ratstagesordnung gesetzt

Madrid, 10. Juni. Der Antrag Dr. Stressemanns,
die Beschwerde der deutschen Abgeordneten im polnischen
Sejm über die Enteignung des deutschen Grundbesitzes in
Polen, als besonders dringenden Fall auf die Tagesord-
nung der laufenden Ratstagung zu setzen, ist vom Völker-
bundsrat entsprochen worden. Sie wird entsprechend dem
Antrag Dr. Stressemanns Ende dieser Woche vor dem Rat
zur Verhandlung gebracht.

Um die Minderheitenfrage. — Aussicht für eine Wendung in Madrid.

Madrid. Von englischer Seite wird berichtet, daß der
englische Botschafter G r a h a m in der Dienstag-Sitzung des
Ratsausschusses für die Minderheitenfrage eine Erklärung
abgeben wird, daß er vorläufig lediglich im Rahmen
des Londoner Minderheitenberichts verhandeln
könne. Falls jedoch irgendein Ratsmitglied die Abänderung
des Londoner Minderheitenberichts oder Rückkehr zu dem
Vorschlag einer Regierung fordern werde, wodurch eine neue
Lage entstehen würde, würde er gezwungen sein, neue In-
struktionen von seiner Regierung einzuholen.

Ein Manifest der Regierung zum 28. Juni

Berlin, 11. Juni. Die „Germania“ meldet: Ver-
schiedene Organisationen und Verbände beabsichtigen aus
Anlaß der 10-jährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Ver-
trages von Versailles am 28. Juni größere Kundgebungen;
auch an Mitglieder der Reichsregierung sind bereits Ein-
ladungen zu solchen Kundgebungen ergangen. Daher hat,
wie verlautet, das Reichskabinett eine Stellungnahme herbei-
geführt, wonach sich die Regierung an Veranstaltungen, die
von privaten Organisationen ausgehen, nicht zu beteiligen
gedenkt. Auch der Reichspräsident hat eine Einladung der
vaterländischen Verbände zu einem Massenprotest im Stadion
abgelehnt. Dagegen ist für den 28. Juni ein Manifest zu
erwarten, das sich an die Gesamtheit des deutschen Volkes
wendet, und das von der Reichsregierung oder möglicher-
weise auch vom Reichspräsidenten ausgehen wird.

Die Alldeutschen erklären den Kampf gegen die Reparationsabmachungen.

Baden-Baden. Am Sonntag hielt der Alldeutsche Ver-
band in Baden-Baden eine aus allen Gauen des Reiches gut
besuchte Landesversammlung ab. Der Verbandsvorsitzende, Justiz-
rat C l a f f -Berlin erklärte, ausgehend von dem Ergebnis
der Sachverständigenverhandlungen in Paris, daß wir durch
das Gutachten einer Fron unterworfen würden, die einzig
dastehend in der Welt sei. Wenn der Reichstag den Gut-
achten zustimme, dann werde es fast unmöglich sein, dem
Zusammenbruch zu entkommen.

Es wurde eine Entschleßung einstimmig angenommen,
in der es u. a. heißt: „Der Landesverband Baden des All-
deutschen Verbandes fordert die Leitung des Alldeutschen
Verbandes auf, nicht nur selbst den schärfsten Kampf gegen
die Festschleßung der Pariser Abmachungen durch die Reichs-
gesetzgebung zu führen, sondern auch mit allen auf ent-
schieden nationalem Boden stehenden Kreisen und vater-
ländischen Verbänden Fühlung zu suchen, um in gemein-
samer Arbeit gegen die Verwirklichung des sogenannten
Sachverständigengutachtens vorzugehen.“

